

ACHTUNG, NEBENWIRKUNGEN!!!

**Folgende Texte sind das Werk eines
Verrückten im Zustand geistiger
Umnachtung!**

**Lesen Sie diese Texte nicht,
und wenn Sie sie trotzdem lesen,
glauben Sie nicht,
was da steht!**

**Bei Zuwiderhandlung droht
hoffnungslose Desillusionierung,
in Verbindung mit schwerer
Beeinträchtigung der
Arbeitsmotivation!**

nachhaltige Eigenkapitalbildung im landwirtschaftlichen Familienbetrieb

Feststellung:

Wenn ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb dem Zweck dient, das Einkommen einer Familie zu sichern, ist nach der in den letzten Jahrzehnten unverändert herrschenden Marktlage eine ständige Vergrößerung des Eigenkapitals erforderlich. Unterbleibt diese ganz oder teilweise, lebt der Betrieb von Substanzverzehr und kann die Funktion, eine Familie zu ernähren, nicht mehr auf Dauer erfüllen.

Ermittlung der Geschwindigkeit des Strukturwandels zur Einkommenssicherung:

Bezugsbasis Milchvieh:

"Verdopplung des nachhaltig im Vollerwerb existenzfähigen Bestandes alle 20 Jahre"

Beleg am Beispiel:

mein Vater baute 1965 für 10 Kühe, konnte davon nicht leben

-> Aufstockung 1968 auf 20 Kühe; mit 20 ha eigenem Grund

-> 1985: Beratungsempfehlung / typ. Neubaubetrieb: 40 Kühe

-> 2005 80 Kühe (vgl. Empfehlung ALF TIR: "70 Kühe + ein zweites Standbein")

also sind wir eher zu konservativ

in 1965 ca 20 ha Fläche, die muß proportional mit wachsen

$$\sqrt[20]{2} \quad \sim 1,035, \text{ also } \mathbf{3.5 \% \text{ jährliches Wachstum}}$$

Erforderliche Aktiva in ca-Preisen von 2009:

80 Kuhplätze * 10.000 € = 800.000 € (incl. Nachzucht)

Tiere ca 80 * 1,8 * 1200 = 170.000 €

80 ha * 25.000 € = 2.000.000 €

Maschinenpark pauschal 300.000 €

=> Summe erforderliche Aktiva 3,270 Mio

davon 3,5 % = **114.450 jährlich erforderliche reale Nettoinvestitionen**

dieser Ansatz gilt nur bei konstanten Preisen

zzgl. **Inflationsausgleich** 2 % = 65.400

= **179.850 (1)**

also wären **180.000 Euro pro Jahr (!) erforderlich**, um das Ziel, den Familienbetrieb nachhaltig als Einkommensbasis zu erhalten, zu erreichen.

Dieser Betrag müßte m.E. als Werbungskosten steuerfrei sein, um eine Gleichbehandlung mit Arbeitnehmereinkommen zu erreichen.

OK, Grund sei spekulativ überbewertet und bildet damit stille Reserven

Selbst wenn ich **den Grund weg ließe** bräuchte ich

44 450 für Strukturwandel + 25 400 Inflationsausgleich = 69.850, also **70.000 Euro (2)**

Ersatzweise: Bewertung des Grundes zu kapitalisiertem Pachtpreis

400 € p.a. / 5 % = 8.000 Euro / ha

* 80 ha = 640.000

davon

3,5 % = 22.400 für Strukturwandel

2 % = 12.800 für Inflationsausgleich

= **35.200 € p.a. für das erforderliche Wachstum der Anbaufläche (3)**

(2) + (3) = 105.050 €

Das trifft die gefühlte Realität (mit 140.000 Gewinn käme man anständig über die Runden, d. h. 35.000 Privatentnahme ohne Substanzzehrung) schon recht gut.

Alles darunter zehrt an der Stabilität (Abhängigkeit von Pachtflächen, fehlende Besicherungsbasis, Zins- und Pachtzahlungen drücken Einkommen weiter und erfordern noch schnelleren Strukturwandel etc.)

Familie Rosner Pleußén

Bioland[®] -Betrieb

Wolfgang Rosner · Im Dorf 12 · 95666 Mitterteich-Pleußén

*** ENTWURF ***

Finanzamt Waldsassen

.....

St-Nr....

Einkommenssteuer 2007:

Ihr Bescheid mit Schätzung vom 2.7.2009

Ihr Entscheid vom 7.4.09 auf meinen Einspruch vom ...12.08

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte verzeihen Sie die Verzögerung bei der Erstellung meiner Steuererklärungen für 2007, da noch einige Fragen bzgl. der **rechtlichen Bewertung der Besteuerungsgrundlage offen** sind.

Wie erwartet, teilen Sie mir in Ihrem Einspruchsentscheid mit, daß die derzeitige **Gesetzeslage** eine Berücksichtigung einer angemessenen **Eigenkapitalbildung als Werbungskosten nicht vorsieht**.

Dennoch bleibe ich weiterhin bei der Auffassung, daß die herrschende Besteuerungspraxis in einer **erheblichen Benachteiligung landwirtschaftlicher Familienbetriebe** resultiert. In der **Anlage** habe ich versucht, **den tatsächlich erforderlichen Eigenkapitalbedarf zur nachhaltigen Existenzsicherung eines bäuerlichen Familienbetriebes** zu ermitteln. Wie Sie sehen können, sind die in der (nicht mehr ganz jungen) Fachliteratur genannten und von mir in o.g. Einspruchsschreiben zitierten Zahlen viel zu tief angesetzt. Tatsächlich liegt die nachhaltig erforderliche Eigenkapitalquote in der **Größenordnung von 100.000 € pro Jahr bzw. darüber**. Insofern wäre eine Überprüfung der diesbezüglichen Vorgaben der AO durch das **Bundesverfassungsgericht** geboten, was jedoch zu betreiben die personellen Kapazitäten meines Betriebes übersteigt.

Bei der Analyse der **strukturellen Hintergründe** dieser erschreckend hohen Zahlen bin ich jedoch auf noch weit erschreckendere Zusammenhänge gestoßen: Nach derzeitiger Sachlage ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß **die Bundesrepublik Deutschland die von ihr vereinnahmten Steuermittel in erheblichem Anteil zur Finanzierung krimineller Vereinigungen** im Sinne von § 129 StGB bzw. von terroristischen Vereinigungen nach § 129 a StGB verwendet. Gleichzeitig stehen die selben kriminellen Kreise als **treibende Kraft hinter diesen Wachstumszwängen**.

Rädelsführerschaft dieser Vereinigung ist vermutlich eine Gruppe international agierender krimineller Finanzmanager, die in der einschlägigen öffentlich zugänglichen Dokumentation als **„US-Hochfinanz“ oder „Ostküsten-Establishment“** bezeichnet wird. Gehäuft enden die Hinweise im Umfeld der Familie Rockefeller, teilweise werden auch die Familienclans Ford und Rothschild als zum Kern des Kartells gehörend genannt. Weitere Ansatzpunkte für ggf. erforderliche Ermittlungen, z. B. geeignete Literatur oder Internet-Adressen, dürften den zuständigen Behörden sicher bekannt sein, kann ich aber auf Anfrage gerne auch mitteilen.

Soweit für den vorliegenden Fall relevant, sind dieser Gruppe u. a. folgende Vergehen zur Last zu legen:

- **Sprengung des Gebäudes WTC 7**, vermutlich auch WTC 1 und 2, am 11. September 2001 in New York (beweisbar durch massive Unstimmigkeiten der veröffentlichten Berichterstattung) mit knapp 3000 Toten, um faschistoide Folgemaßnahmen und Angriffskriege propagandistisch vorzubereiten

- Durchführung von bereits vorher geplanten **Angriffskriegen** u.a. im **Irak** und in **Afghanistan** im Nachgang dieser Ereignisse, letzterer auch unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland
- Weltweite Monopolisierung und **Kontrolle der Mineralölmärkte**, u.a. Vervierfachung des Rohölpreises durch Provokation der „1. Ölkrise“ durch diplomatische Täuschungsmanöver des dem Kartell zuzuordnenden damaligen US-Außenministers Henry Kissinger, die zum Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges führten
- Vernichtung der wirtschaftlichen Basis einer Vielzahl weniger entwickelter Nationen im Nachgang dieser Aktivitäten
- Manipulation der Welt-Nahrungsmittelmärkte mit dem Ziel vollständiger Kontrolle und der billigenden Inkaufnahme von **Millionen Hungertoten** über die abhängigen konspirativen Organisationen WTO, GATT, IWF, Weltbank
- monopolmäßige Kontrolle der weltweiten privaten und öffentlich-rechtlichen **Medien** zur Unterwanderung der demokratischen Meinungsbildung
- Kontrolle der wirtschafts-“wissenschaftlichen“ Forschung und Lehre zur normativen Manipulation des politischen und Meinungsumfeldes
- **Weltweite Kontrolle der Finanzmärkte** über abhängige konspirative Teilorganisationen, u.a. "Federal Reserve", IWF, Weltbank, Rating-Agenturen, Bank für Internationalen Zahlungsverkehr („BIC“, verantwortlich u.a. für die Kreditrichtlinien „Basel I“, „Basel II“)
- Provozierung, zumindest jedoch billigende Inkaufnahme einer internationalen **Währungs- und Bankenkrise und daraus folgend einer Weltwirtschaftskrise** in mehreren Fällen, zuletzt in den Jahren 2007 ff.
- **Kapital- und Anlagebetrug in Billionenhöhe** unter Verwendung von Elementen verbotenen Glücksspieler und krimineller Schneeball-Systeme („Ponzi-Schema“) unter dem Decknamen "Derivat-Handel"
- Unterwanderung der US-amerikanischen Regierung und damit Kontrolle über die weltweit stärksten **Streitmächte zur Nötigung** nicht genehmer Regierungen **anderer Länder**
- Unterminierung der demokratischen Meinungsfreiheit durch Überwachungs- und Zensurmaßnahmen und Nötigung anderer Länder (**u.a. in Europa**) selbiges zu tun
- **Durchseuchung** der Weltnahrungsmittelflächen und Tierbestände **mit Patentansprüchen** auf Basis **gentechnischer Modifikationen** zur Vorbereitung der Kontrolle über die Welternährung, z. B. über die konspirative Teilorganisation „Monsanto“

Während der konspirative Zusammenhang der später genannten Tatbestände für den Einzelbürger mangels direkten Zugriffs auf die relevanten Informationen und die Manipulation der Presse bisher nur vermutet werden konnte und von der veröffentlichten „Mainstream-Meinung“ regelmäßig als haltlose **„Verschwörungstheorie“** diskreditiert wird, ist die **Sprengung insbesondere des WTC-Gebäude Nr. 7** für jeden, der sich ernsthaft um Durchdringung der Sachverhalte bemüht, mit Hilfe allgemein bekannter naturwissenschaftlicher Zusammenhänge **zweifelsfrei nachzuweisen**.

Bis zum Ablauf der Amtszeit von G. W. Bush konnte auf einen isolierten Täterkreis gehofft werden. Nachdem auch nach Amtsantritt von Barack Obama keine Aufklärung der Vorfälle abzusehen ist, ist von einer **tiefgreifend kriminellen Unterwanderung der US-amerikanischen Gesellschaft** und damit der **herrschenden Welt-Finanz-Elite** auszugehen.

Wenn die WTC-Sprengung als Fakt gelten muß, resultiert für mich damit eine **Beweislastumkehr** für die danach genannten Vorwürfe. Eine Nation (= Regierung + Wirtschaft) die sich ungestraft derartiger Methoden bedient, hat zunächst einmal jede **Legitimität verloren**. Eine Entität, die Legitimität für sich in Anspruch nimmt, hat derartig fundiert mit Inidzien untermauerte Vorwürfe zu entkräften, um ihre Legitimität zu erhalten, was bis heute nicht in nachvollziehbarer Art und Weise versucht wurde.

Auch von der **Bundesrepublik Deutschland** werden keine Anstrengungen unternommen, die Hintergründe dieser Machenschaften aufzudecken oder deren Auswirkungen von der Bevölkerung fern zu halten. Stattdessen erfolgt eine **aktive Beteiligung** an den Machenschaften:

- Beteiligung am Angriffskrieg in Afghanistan
- faschistoide Verschärfung der "inneren Sicherheit" und Überwachung der Bürger sowie der freien Meinungsbildung über Internet
- begründeter Verdacht auf **Beteiligung an Terror-Anschlägen** bzw. Versuchen dazu zur Ausschaltung systemstörender Konkurrenten (u. a. Alfred Herrhausen, Detlef Karsten Rohwedder) sowie zur propagandistischen Vorbereitung faschistoider Maßnahmen („Sauerland-

Terroristen“) durch deutsche Geheimdienste bzw. Duldung dieser Anschläge durch ausländische Geheimdienste

- **Einlösen der** nach Zusammenbruch des Derivate-Kettenbrief-Wett-Systems vor allem in teilstaatlichen Banken aufgelaufenen **offenen Posten aus Steuermitteln**,
- geplantes Ausgrenzen der analogen Posten in Privatbanken in **"Bad Banks"** mit Refinanzierung/Besicherung aus Steuermitteln

Insbesondere die letzten beiden Punkte belegen einen **direkten Transfer von deutschen Steuermitteln in die Kreise der kriminellen US-Hochfinanz** als Letztbegünstigte der Zahlungsflüsse.

Geeignete Gegenmaßnahmen, etwa die angekündigte Überwachung und Eingrenzung der kriminellen Handelsstrukturen, sind bis heute ausgeblieben.

Im Bereich der Nahrungsmittelmärkte wurde vor „der Wirtschaftskrise“ berichtet, daß z.B. **Getreide** von der Ernte bis zum Verbrauch im Schnitt 30 - meist **spekulativen - Handelstransaktionen** unterworfen sei.

Nach aktuellen Berichten sei dieser Wert nun auf 50 Transaktionen angestiegen.

In der **Landwirtschaft** wirken sich die Machenschaften der globalen Monopoly-Spieler seit etwa 50 Jahren durch einen **permanenten "Wachsen-oder-Weichen"-Druck** aus, vermittelt durch einen **Handelskrieg** unter dem wissenschaftlich nicht begründbaren Deckmantel einer **Forderung nach „Freihandel“** (s. o, GATT, WTO).

Wie in Anlage ... ausgeführt, **bräuchte ein bäuerlicher Familienbetrieb**, der diesem Druck folgend seine Einkommensbasis nachhaltig sichern wollte, **eine jährliche Eigenkapitalbildung in der Höhe von ca 100.000 Euro**, die trotz umenschlicher **Selbstaussbeutung** der bewirtschaftenden und oft genug auch der vorausgehenden und nachfolgenden Generation kaum dauerhaft gehalten werden kann.

Daraus resultiert eine permanent abnehmende Eigenkapitalquote der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, resp. **zunehmende Verschuldung**, mit der Übernahme des Eigentums durch die Banken in letzter Konsequenz. Über die US-kontrollierten Weltfinanzsysteme droht damit letztlich die **Übernahme der globalen Nahrungsgrundlagen durch die US-Hochfinanz**.

Wie aktuelle Beispiele in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Baltikum, Ukraine, evtl. auch Rußland, zeigen, steht am Ende dieser Entwicklung ein Absturz gefestigter Volkswirtschaften auf das Niveau von Entwicklungsländern.

Inwieweit eine Inkaufnahme bzw. Förderungen derartiger Entwicklungen (**Ausverkauf der Nahrungsgrundlagen**) durch eine Regierung den Tatbestand des **Hochverrates** erfüllt, vermag ich nicht einzuschätzen. Zumindest würde ich es auf jeden Fall als grobe Pflichtverletzung einstufen.

Im Rahmen der Festlegung der Vorauszahlung hatte ich zumindest die steuerfreie Anerkennung dieser **Eigenkapitalbildung** - die ja wie dargelegt in weiten Teilen als **Abwehrversuch auf die kriminellen Aktivitäten der Hochfinanz** zu sehen ist - **als Werbungskosten** beantragt. Gleichzeitig soll die **eingetriebene Steuer in erheblichem Ausmaß in die Kassen dieser Hochfinanz** fließen.

In Ihrer Antwort vom zu meinem diesbezüglichen Einspruch vom teilen Sie mir zusammengefaßt mit, daß das herrschende Steuersystem dies nicht vorsehe. Im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit würde dies nun eine Überprüfung dieser Regelungen im Rahmen einer Verfassungsklage erfordern. Da sich nach meiner dargestellten Einschätzung die Bundesrepublik Deutschland bereits nicht mehr auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit bewegt, erscheint dieser Weg derzeit jedoch aussichtslos.

Die (arbeits-)wirtschaftlichen Zwänge meines Betriebes erlauben kein aufwendiges zeitliches Engagement zur Vorbereitung und Durchführung einer Verfassungsklage. Selbst im Erfolgsfall ist von einer mehrjährigen Verfahrenslaufzeit auszugehen, in der die Steuern nach geltendem Recht trotzdem gefordert und damit die wirtschaftliche Basis (Liquidität, Eigenkapital) meines Betriebes erodieren würden

Ich berufe mich deshalb auf mein Widerstandsrecht nach Art 20, Abs 4 GG.

Ich **untersage hiermit dem Finanzamt die Abbuchung** bzw. fordere die Rückerstattung ggf. bereits abgebuchter Beträge aus der Steuerfestsetzung für 2007. Bei Nichtbefolgen dieser Anweisung werde ich die Beträge zurückbuchen lassen.

Soweit diese Anweisung im Widerspruch zu geltendem Steuerrecht steht, mache ich insofern den **Sachverhalt der wirtschaftlichen Notwehr** geltend.

Mir ist natürlich bewußt, daß auch und gerade unter dem geschilderten Licht der Verhältnisse das Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland eine gesicherte Finanzbasis zum Fortbestand benötigt. Auch will ich den Vorwurf, ich würde den Vorwand der Regierungskriminalität zur persönlichen Bereicherung durch Steuerverkürzung mißbrauchen, entkräften.

Bis zur Beseitigung der regierungskriminellen Zustände erkläre ich mich vor dem Lichte des Gebotes der **Steuergleichheit** auf freiwilliger, vorläufiger Basis ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bereit:

- zur Teilnahme am **Umsatzsteuerverfahren** nach geltenden Vorschriften
- zur Entrichtung von **Einkommenssteuer** auf Basis einer Gleichbehandlung unter Zugrundelegung des für private Lebenshaltung und private Vermögensbildung **tatsächlich entnommenen Gewinnanteiles**.

Ich bitte Sie, kurz Ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen mitzuteilen. Ich werde Ihnen die erforderlichen Zahlen dann mitteilen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Rosner

P.S.:

Auch wenn es schon 25 Jahre zurück liegt, nehme ich dieses Versprechen auch heute noch ernst:

**"Ich gelobe,
der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen
und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes
tapfer zu verteidigen"**

9/11 trennt die Spreu vom Weizen

Quelle:

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2007/11/die-regierenden-haben-uns-den-krieg.html>

Es ist davon auszugehen, dass den politischen Entscheidungsträgern, dem juristischen System und Verantwortlichen in den höheren Verwaltungsebenen und der Exekutive, die Implikationen des 11.09.2001 in Bezug auf das Völker- und Staatsrecht hinreichend bekannt sind und dies wissentlich verschwiegen wird, als auch eine gezielte Desinformation der Bevölkerung mit Hilfe der Massenmedien betrieben wird, die dem Ziel: Abschaffung der Demokratie und Etablierung eines totalitären Überwachungsstaat, dient.

Durch die Unterstützung des amerikanischen faschistoiden Systems nach dem 11.09.2001 in Form von passiver und aktiver Mithilfe an Völkerrechtsverbrechen, Massenmorden und Planung und Durchführung von Kriegen, hat die Bundesregierung, sowie das bestehende administrative juristische und exekutive System Deutschlands jede legitime Basis gegenüber dem Souverän verloren.

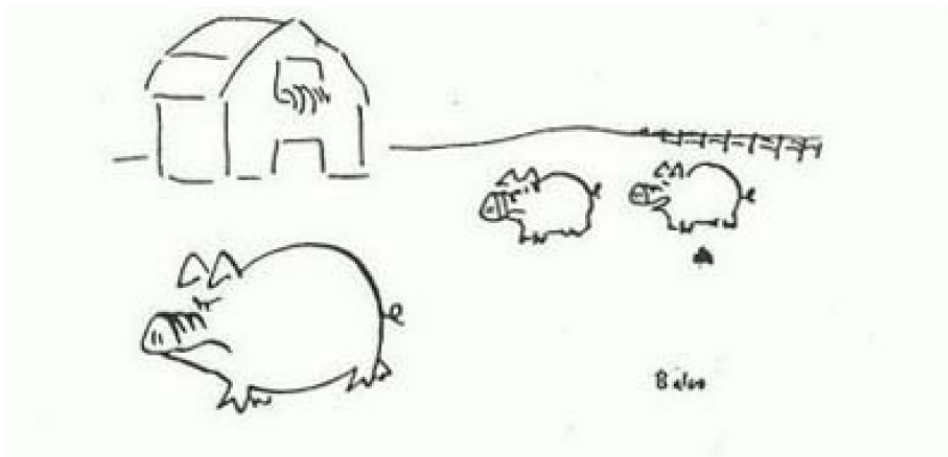
Dies betrifft gleichwohl die Verwaltungsapparate bis hin zur Gemeindeebene, die durch Nichttun und Verschweigen und aktiver Mithilfe des Status Quo der völkerrechtswidrigen Unterstützung eines faschistischen Regimes und Krieges unterstützen, sowie innenpolitische Maßnahmen tolerieren und umsetzen, die unter dem Vorwand des „Krieges gegen den Terror“ zur Beschneidung und ABSCHAFFUNG von Freiheitsrechten von den Kollaborateuren der amerikanischen Faschisten innerhalb des politischen Systems in Deutschland getroffen werden.

Ich betrachte mich nicht mehr der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung, sowie Justiz unterworfen, sondern deklariere diesen als Feindstaat, der meinen(und nicht nur meinen) freiheitlichen Rechten als Mensch den Krieg erklärt und den Boden der Verfassung und des Völkerrechts verlassen hat.

Ich fordere Sie unmissverständlich auf jede Kollaboration mit der bestehenden Regierung zu unterlassen, sowie deren, nach dem 11.09.2001, erlassene Gesetze, insbesondere Gesetze zur sog. inneren Sicherheit, Erfassung von biometrischen Merkmalen und andere Überwachungsmaßnahmen und Speicherung von Daten, nicht umzusetzen.

Im Falle einer repressiven Umsetzung gilt das Widerstandsrecht nach Artikel 20,3,4 GG in seiner aktiven Ausgestaltung.

17. Januar 2008 22:03



**„Nichts als Geschwätz von blödsinnigen Verschwörungstheorien –
Er behauptet, daß der Bauer plant, uns umzubringen und zu essen.“**